



ZWISCHEN G2 UND G20 – EUROPA UND DIE FINANZKRISE

NOTE - September 2009 (www.institutmontaigne.org)

Ein Jahr nach der Insolvenz von Lehman Brothers scheint die Wirtschaftskrise des Jahrhunderts bereits wieder aus der Mode gekommen. Aber die selben Ursachen bringen bereits wieder die gleichen Wirkungen hervor. Überschuldung, dieses Mal jedoch der Staaten, Spekulationsblasen, Rekord-Boni bei den Investment-Banken: das Welt-Finanzsystem ist noch lange nicht geheilt. Sechs Monate nach der Note *Die Finanzmärkte reformieren, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln* formuliert das Institut Montaigne drei Vorschläge für den bevorstehenden G-20-Gipfel: eine Initiative zur Stabilisierung der weltweiten Währungssysteme; die Neufassung der Vergütungssysteme in den Finanzmärkten; verpflichtende Stresstests für die Geldinstitute der G20. Aber die Krise hat noch ein weiteres, unerwartetes Opfer gefordert: Europa wurde zum neuen, *kranken Mann* auf dem Globus. Will sich die *Europäische Union* gegenüber den konkurrierenden Staaten/Kontinenten behaupten, muss sie aufhören, ein diplomatischer, ökonomischer und politischer Zwerg zu sein. Nur eine weitere Annäherung Frankreichs und Deutschlands kann Europa neuen Schwung verleihen. Die Chefs beider Staaten haben zwei Jahre, um dies zu erreichen. Im Hinblick auf dieses Ziel formulieren wir mehrere konkrete Vorschläge. Der bedeutendste: Frankreich teilt mit Deutschland seinen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Keine konkreten Beschlüsse der G20

Am 24. und 25. September wird sich die G20 in Pittsburgh zum dritten Mal seit Beginn der Finanzkrise, die durch die Lehman-Pleite und den Zusammenbruch des Versicherungsgesellschaft AIG ausgelöst wurde, treffen.

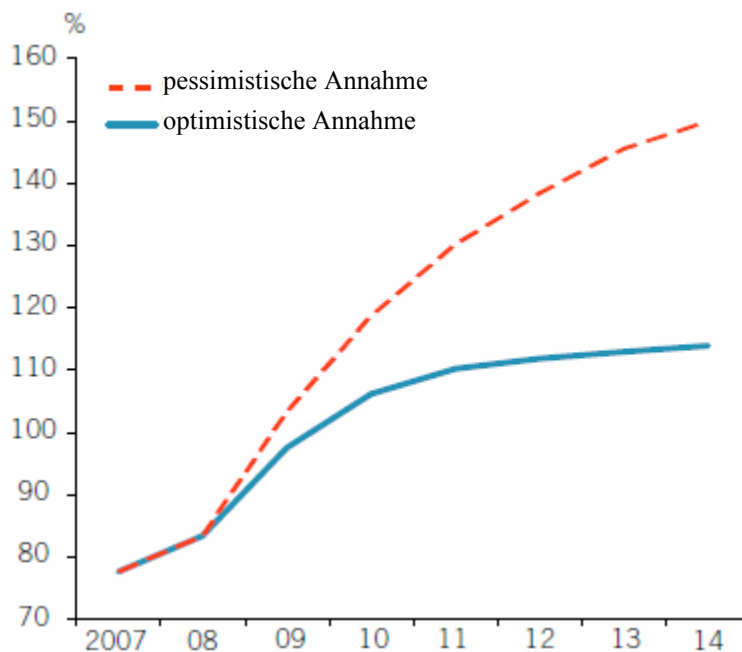
Das Fehlen konkreter Beschlüsse auf den beiden vorangegangenen Gipfeln ist besorgniserregend:

- **Die massiven Anstrengungen zur Rettung und Ankurbelung der Wirtschaft** beginnen Früchte zu tragen. Aber es sind ausnahmslos einsame Initiativen souveräner Staaten, die G20 trägt daran keinerlei Anteil. Gerade weil es keine Konzertation gibt, sollte die Gesamthöhe dieser Aufwendungen unter die Lupe genommen werden. Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds wird die Verschuldung der zehn reichsten Länder der G20 bis 2010 106% des BIP erreichen. 2007 waren es noch 78%. Bis 2014 könnte dieser Wert sogar auf 150% ansteigen: ein Wert, der außer in Kriegszeiten niemals erreicht wurde und der immer Inflation, Währungskrisen und sogar Staatsbankrotte nach sich zog. Vor allem das amerikanische Defizit scheint völlig außer Kontrolle geraten zu sein¹. Die europäischen Defizite, allen voran das französische, geben Anlass zu ähnlicher Sorge: Für 2009 wird ein Fehlbetrag von über 120 Milliarden Euro erwartet, was der Gesamthöhe der Personalaufwendungen des französischen Staates entspricht. Diese Zahlen weisen auf die Größenordnung der Einsparungen und/oder Steuererhöhungen sowie der damit verbundenen sozialen Spannungen hin, vor denen die am stärksten verschuldeten Länder der G20 stehen. Sie relativieren auch die ersten Signale einer Erholung der Weltwirtschaft, die eher das Ergebnis erhöhter Staatsverschuldung ist, statt sich auf eine grundlegende Stärkung der ökonomischen Fundamente zu stützen.
- **Business as usual bei den Banken:** Kaum wurden die Finanzmärkte unter größten Anstrengungen vor dem Zusammenbruch bewahrt, verzeichnen die amerikanischen Investmentbanken bereits wieder Rekordgewinne. Die Vergütungen ihrer Mitarbeiter haben das Vorkrisen-Niveau längst wieder erreicht, oft sogar schon übertroffen. Der New Yorker Generalstaatsanwalt Andrew Cuomo kritisierte in seinem Abschlußbericht zur Prämienpraxis der Banken, dass 5.000 Mitarbeiter von Geldhäusern, die vom amerikanischen Staat rekapitalisiert und

¹ Im kommenden Jahrzehnt sind zusätzliche 9 Billionen Dollar an Defiziten zu erwarten.

damit vor dem Bankrott gerettet worden waren, Boni von jeweils über einer Million Dollar als Prämie für 2008 erhalten haben. Und das Jahr 2009 scheint noch besser für sie zu werden. Paradoxerweise können sich die Banken auf exorbitante Gewinne freuen, die vor allem auch durch ihr jahrelanges Missmanagement möglich werden: in manchen Märkten (Aktienemissionen, Schuldverschreibungen und andere liquiditätsfördernde Produkte) ist jede Form von Preis-Wettbewerb de facto verschwunden, die Refinanzierungskosten sind wegen der massiven und wiederholten Interventionen der Notenbanken extrem niedrig. Die Finanzkrise und die Untätigkeit der G20 haben diese Situation des „*The loser takes it all*“ erst ermöglicht. Die schlechtesten Schüler des Kapitalismus werden großzügig belohnt. Und die restliche Wirtschaft muss dafür aufkommen – vor allem jedoch Steuerzahler und Unternehmen, die mit einer Kostenexplosion bei Krediten und Finanzdienstleistungen konfrontiert sind².

Rettungspläne bedrohen die Zahlungsfähigkeit der großen Industrieländer



Quelle: IWF, April 2009

² Im Jahr 2009 kassieren die amerikanischen Banken allein an Zinsen für Überziehungskredite 40 Milliarden Dollar (doppelt so viel wie 2000). Quelle Moebis.

- **Die Bemühungen, die Finanzregeln zu verschärfen und weltweit zu koordinieren, sind auf beiden Seiten des Atlantiks nur selten über das Stadium der Absichtserklärung hinausgekommen.** Zumindest blieben sie weit unter den Vorschlägen, die wir in unserer Note *Die Finanzmärkte reformieren, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln* formuliert haben. Die unverzichtbare Neuorganisation der Finanzdienstleistungen, die eine klare Trennung zwischen der Versorgung der Realwirtschaft und spekulativen Aktivitäten bedingt, scheint nicht mehr auf der Tagesordnung zu stehen. Die Neuordnung der Vergütungssysteme in den Finanzmärkten ist bislang nur eine rein rhetorische Forderung. Und die notwendige Reform der Rating-Agenturen wurde schlicht und einfach vergessen. Unser ergänzendes, im Internet verfügbares Dokument³ enthält eine Analyse dieser minimalistischen Bemühungen, vor allem in den Vereinigten Staaten. Die Analyse stützt sich auf die Arbeit von zwei amerikanischen *Think Tanks*, dem *Cato Institute* und dem *Committee for Economic Development (CED)*, mit denen das Institut Montaigne kooperiert. Wenn sie schon nicht in der Lage ist, die Industrieländer zu konzertierten Entscheidungen zu motivieren, um eine Wiederholung der Krise vom Herbst 2008 zu vermeiden, wozu dient dann die G20? Die USA und China haben diese Frage während des letzten Gipfels am 27. und 28. Juli in Washington mit einem bilateralen Gespräch beantwortet.

Von der G20 zur G2: Chinamerika und der Rest der Welt

Dieser von beiden Regierungen von langer Hand vorbereitete „G2“-Gipfel beschäftigte sich mit vielen Themenbereichen, unter anderem Umwelt, Kernkraft, Fragen zur Wirtschaft und zur Regulierung der Finanzmärkte. US-Präsident Obama gab die Marschrichtung vor: **„Das Verhältnis zwischen China und den Vereinigten Staaten wird das 21. Jahrhundert prägen“**.

Die Vereinigten Staaten und China haben erneut ihre bilaterale Partnerschaft – *Chinamerika* – demonstriert, die auf zügellosem, schuldenfinanziertem Konsum der USA einerseits und hohen, durch künstlich niedrige Wechselkurse gestützte chinesischen Exporten andererseits gründet. Die Chinesen ziehen dem langsamen und

³ Abzurufen auf der Website des Institut Montaigne unter <http://www.institutmontaigne.org>

unsicheren Aufbau eines Binnenmarktes eine hohe, aber instabile Wachstumsrate, die vom internationalen Handel abhängt, vor. Die Amerikaner ihrerseits haben es mit der Sanierung ihrer Finanzen überhaupt nicht eilig, um den eigenen Wirtschaftsaufschwung nicht zu gefährden.

Dieses Einvernehmen der „G2“ geschieht auf dem Rücken der „G18“ und des Rests der Welt. Es nimmt die weitere Abwertung des Dollars trotz der zu erwartenden, destabilisierenden Konsequenzen für die Weltwirtschaft in Kauf: Volatilität der Devisenmärkte, die auch die Volatilität der Finanzmärkte steigern wird, weltweite Inflation (vor allem durch erhöhte Aufwendungen zu Kurssicherung – *hedging* – und die Preise für Öl und andere Rohstoffe, die in Dollar abgerechnet werden); Austrocknung der Kreditmärkte für private und öffentliche Schulden, einzig zugunsten der amerikanischen Staatsverschuldung (durch Verdrängungsphänomene); Deklassierung der vom Export abhängigen, nicht in Dollar abrechnenden Wirtschaften, allen voran der Länder der Eurozone.

Von der G2 zur G20 – die Rückkehr Europas und der Schwellenländer

Die doppelte **vollendete Tatsache** ist inakzeptabel: (1) **ein von den Staaten subventioniertes Finanzkasino**, das sich aus einem unwiderstehlichen *moral hazard* speist – die gefährlichsten und gefährdetsten Akteure des Kapitalismus (Investmentbanken und spekulative Fonds) werden immer gerettet und sogar belohnt, während die seriösen (profitable Unternehmen und sparsame Haushalte) mit überhöhten Steuern oder Inflation oder beidem gleichzeitig bestraft werden; (2) **eine durch ein sino-amerikanisches Bündnis auf Kosten der ganzen Welt und vor allem Europas destabilisierte Weltfinanzordnung.**

Der Gipfel von Pittsburgh darf keine Wiederholung der vorangegangenen werden – öffentlichkeitswirksam aber ergebnisarm. Im Gegenteil: diese Zusammenkunft bietet, wie weitere anstehende Treffen auch, die historische Gelegenheit für Europa, zusammen mit Japan und den großen Schwellenländern (zusammen repräsentieren sie die Hälfte der Welt-Wirtschaftsleistung) konkrete Vorschläge zur Lösung der aktuellen Währungs-, Banken, und Finanzkrise zu unterbreiten. Diese Krise ist vor allem drei Faktoren geschuldet: (1) der überzogenen Stellung des Dollars als einziger

Reservewährung der Welt, (2) einem Finanzsystem, das vor allem Versagen und kurzfristiges Handeln honoriert anstatt nachhaltigen Wirtschaftens, (3) einer Bankenlandschaft, die sich der Kontrolle der Staaten völlig entzieht (die jedoch wie Europa und die USA ihr Bestehen ad infinitum garantieren) oder – schlimmer noch – einem Bankensystem unter der strikten Kontrolle politischer Machthaber (China).

Drei Vorschläge für die G20

Vorschlag 1: Vor der Schaffung eines Währungssystems Euro-Dollar-Renminbi das *soft landing* der US-Devisen sichern

Die unvermeidliche Abwertung des Dollars, direkte Folge der verschlechterten Entwicklung der US-Wirtschaft, kommt sowohl die Gläubiger als auch die Handelspartner der USA teuer zu stehen. Zu ihnen gehört China, dessen Währungsreserven vor allem aus US-Bonds bestehen und kürzlich erst die Zwei-Billionen-Dollar-Marke übersprungen haben. Jeder größere Ausschlag des Dollar nach unten würde einen bedeutenden Wertverlust der Reserven und damit wahrscheinlich erhöhten Inflationsdruck bedeuten.

Auch die anderen Mitglieder der G20, allen voran die EU, wären unmittelbar von diesen drohenden Verwerfungen betroffen. Ein überbewerteter Euro als einfache „Regulierungsvariable“ würde die europäische Wettbewerbsfähigkeit stark beeinträchtigen. Arbeitsplatzverluste und die Bedrohung der Sozialsysteme wären die Folge.

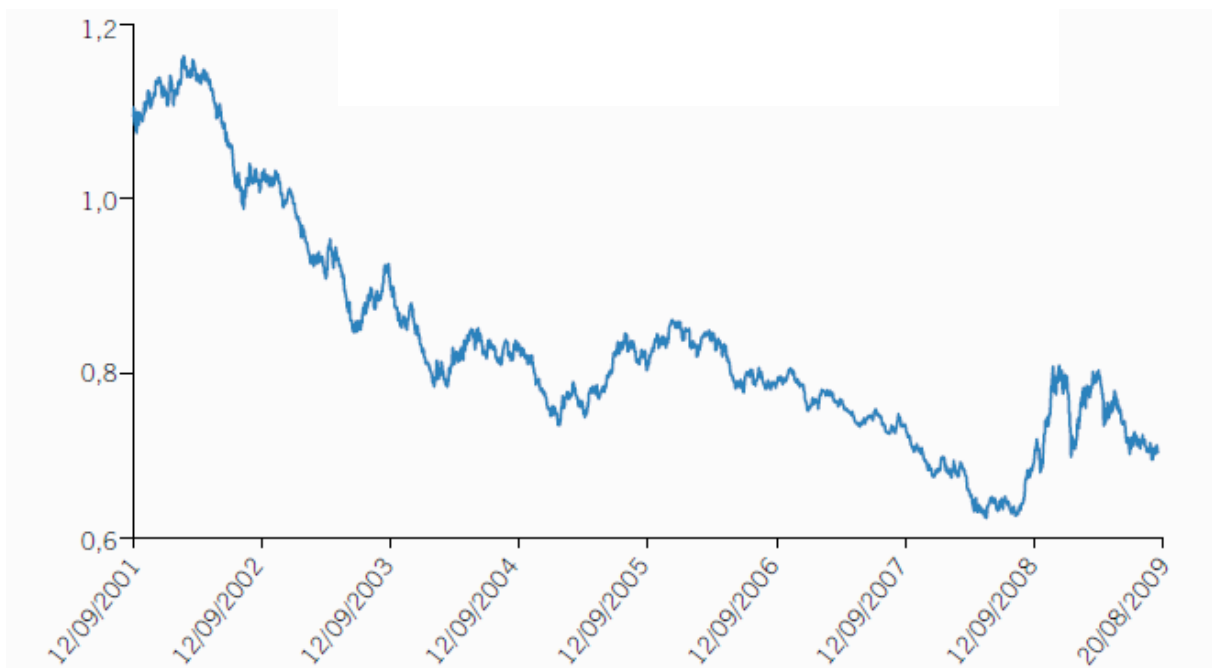
Eine derartige „Geiselnahme“ der europäischen Einheitswährung durch die sino-amerikanischen Währungshüter wäre halsbrecherisch, denn sie würde die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von einer rein bilateralen Beziehung, deren Zerbrechlichkeit die jüngste Krise deutlich gezeigt hat, noch verstärken. Zudem repräsentiert die EU 30% der Welt-Wirtschaftsleistung. Ein nachhaltiger weltweiter Aufschwung ohne die Partizipation Europas ist undenkbar.

Will die G20 eine Alternative zu den aktuellen monetären Verwerfungen finden, muss sie drei Ziele ins Auge fassen: (1) **Vermeidung starker Turbulenzen auf den Devisenmärkten** (Zusammenbruch des Dollars oder Überbewertung des Euro), die den weltweiten Aufschwung gefährden könnten; (2) **„sanfte Abwertung“ des Dollars**, der nach wie vor die einzige wirkliche Reservewährung ist; (3) Vorbereitung

seiner Ablösung als solche durch ein **System flexibler Wechselkurse zwischen den drei Währungen**.

Um dieses dreifache Ziel, Voraussetzung für ein dreigliedriges Währungssystem (siehe auch unsere im Internet veröffentlichte, vorhergehende Note zur Finanzkrise), zu realisieren, muss eine progressive Umgewichtung zugunsten des Euro durch den Kauf souveräner Anleihen der EU angestrebt werden. Idealerweise von *Eurobonds*, übernationale Anleihen (Beschreibung weiter unten) mit einer wahrscheinlich attraktiveren Rentabilität als japanische Staatsanleihen, aber im Gegensatz zu den amerikanischen *Treasury Bonds* mit einem geringeren Inflations-Risiko. Die Auflage eines *Eurobonds* böte abgesehen von einer breiteren Streuung der Währungsrisiken eine Reihe zusätzlicher Vorteile: Absicherung gegen nationalstaatliche Entscheidungen nach Gutsherrenart und – vor allem – Erleichterung der Finanzierung der Defizite von Mitgliedern der Eurozone, die derzeit angesichts einer Anleihen-Schwemme (massive Emission von T-Bonds) und rapide steigender Verzinsungen ohnehin anfällig sind.

ENTWICKLUNG DES WECHSELKURSES DOLLAR/EURO SEIT DEM 11. SEPTEMBER 2001



Quelle: Bloomberg

Eine rein politische Entscheidung wird nicht ausreichen, um den **Euro als alternative Devisen** zwischen Dollar und Renminbi durchzusetzen. Der Euro muss sich darüber hinaus schnellstmöglich als weltweit anerkannte Transaktions-Währung durchsetzen. Dazu bietet sich die **Schaffung von Rohstoff-Kontrakten in Euro⁴ auf Basis der europäischen Handelsplattformen** Euronext und Deutsche Börse (siehe nachfolgende Vorschläge) an. Auch eine Lockerung der Regeln für Börseneinführungen und die Schaffung von *European Depositary Receipts* – analog zu den bestehenden *American Depositary Receipts* – brächte zweifellos positive Effekte.

Vorschlag 2: Vergütungen – Verhaltenskodex und Langfristige Anreize

Die Affäre um Boni für Investmentbanker, die durch öffentliche Defizite finanziert werden, fordert eine entschiedene Antwort der betroffenen Staaten. Einige neuere Initiativen hierzu in den USA verdienen Aufmerksamkeit. Beispielsweise der Gesetzesvorschlag vom März 2009, der für alle Prämien, die an Mitarbeiter von staatlich rekapitalisierten Instituten ausgezahlt werden, eine Besteuerung von 90 % vorsieht; oder die staatliche Kontrolle der Gehälter bei Banken, die am öffentlichen Tropf hängen (durch einen sogenannten *pay czar*).

Allerdings sind solche Entscheidungen, so legitim sie auch immer sein mögen, schwer in die Praxis umzusetzen und könnten sogar perverse Nebeneffekte zeitigen, beispielsweise eine Renaissance der Steueroasen begünstigen.

Deshalb liegt es vor allem an den Marktteilnehmern selbst, schnell für neue Vergütungssysteme zu sorgen. Sollte dies nicht geschehen, darf es nicht verwundern, wenn die Staaten mit Härte eingreifen und den „Ordre Public“ durchsetzen. Hierzu zwei Denkanstöße:

- 1. Abschaffung der Jahresprämien zugunsten langfristiger Erfolgsanreize, wobei die Interessen der Mitarbeiter und ihrer Arbeitgeber verknüpft werden.** Wir haben diese Empfehlung bereits in unserer vorhergehenden Note formuliert. Einer der Vorteile einer Umwandlung von Prämien in Aktien oder Aktienoptionen, die langfristig gehalten werden, liegt in der Angleichung der Ziele von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wenn sein Unternehmen versagt oder Bankrott geht, verliert auch der Mitarbeiter alle angesammelten Gratifikationen.

⁴ An erster Stelle für Gas und Agrarerzeugnisse.

Die Angestellten von *Merrill Lynch* oder *Bear Stearns* können das bestätigen. Ein derartiges System hätte übrigens gewissen europäischen und amerikanischen Investmentbanken erspart, schon für das erste Halbjahr 2009 wieder Bonuszahlungen in ähnlichen Größenordnungen auszuweisen (und damit publik zu machen), wie sie gerade erst im Herbst 2008 von den Staaten aufgewendet werden mussten, um ihr Überleben zu sichern. Um die Umsetzung einer solchen Maßnahme zu erleichtern und die Transparenz in diesem Bereich zu erhöhen würde sich eine Verpflichtung für alle auf den Märkten der G20 operierenden Finanzinstitute, die jeweils 100 größten Vergütungen zu veröffentlichen, zweifellos als nützlich erweisen.

- 2. Ein Verhaltenskodex: die G20 der Finanzwirtschaft.** Zweifellos wird es für die G20 schwierig, eine konkrete Initiative zur Frage der Vergütungen zu beschließen. Das Gewicht der Londoner City in der britischen Wirtschaft und das Finanzierungssystem der amerikanischen Demokratie⁵ entwickeln sehr wirksame Bremskräfte. Deshalb wird es erforderlich sein, in einem ersten Schritt die wichtigsten Unternehmen der Finanzindustrie (Versicherungsgesellschaften, Geschäftsbanken, Pensionsfonds, Finanzdirektionen der Großunternehmen) selbst in die Pflicht zu nehmen. Sie sind gleichzeitig Hauptaktionäre der Investmentbanken und/oder sehr oft auch ihre wichtigsten Auftraggeber (Fondmanagement, Liquiditätsvereinbarungen, Aktien-/Anleihe-Emissionen, Finanzberatung etc.). Diese weltweit agierenden Gesellschaften sollten sich – wie die Staaten der G20 – treffen und einen gemeinsamen Verhaltenskodex erarbeiten, den sie ihren Auftragnehmern verbindlich vorschreiben: Trader, Fondsverwalter, Broker, Investmentbanken usw. In diesem Kodex wären Regeln und eventuelle Obergrenzen (z.B. für Einzelvergütungen) definiert, an die sich die Investmentbanken halten müssten, um an Ausschreibungen ihrer Kunden teilnehmen zu können.

In einem zweiten Schritt würde eine schwarze Liste jener Finanzinstitute erstellt, die den Verhaltenskodex nicht respektieren. Die Staaten der G20 sowie die internationalen Institutionen (Weltbank, IWF) und die Zentralbanken (Fed, EZB, Bank of Japan, Bank of England) würden ihre Zusammenarbeit mit den aufgelisteten Häusern einstellen. Hierzu ein konkretes Beispiel: ein Geldinstitut, das sich

⁵ Seit 1990 hat die amerikanische Finanzindustrie Politikern und Volksvertretern offiziell 2,2 Milliarden Dollar gespendet – mehr als jede andere Branche (Quelle: Center for Responsive Politics).

sogenannter Steueroasen bedient, um die Ertragskraft seiner Fonds und die Vergütungen seiner Mitarbeiter zu optimieren und/oder das sich weigert, den oben genannten Verhaltenskodex anzuerkennen, könnte keine staatlichen Pensionskassen mehr verwalten oder auf den Rentenmärkten aktiv werden. Des Weiteren hätte es unter anderem nur noch nachrangigen Zugang zu den Fazilitäten der Zentralbanken. Das Institut Montaigne bietet sich an, im Hinblick auf die Ausarbeitung eines derartigen Verhaltenskodex in Paris und Frankfurt die notwendigen Konzertierungen anzustoßen (siehe auch weiter unten).

Vorschlag 3: Halbjährliche Stresstests für die wichtigsten Finanzinstitute der G20

Das amerikanische Bankensystem scheint nach allem Anschein gerettet zu sein. Erstes Ziel der Anstrengungen war, die Öffentlichkeit von der Solidität der Institute zu überzeugen. Dies geschah mit Hilfe von *Stresstests*. Die Strenge, mit der diese Tests durchgeführt wurde, war sehr zweifelhaft: anhand von nur zwei Szenarios mussten Institute, deren Aktiva 100 Milliarden Dollar übersteigen, unter der Kontrolle von externen Experten die möglichen Auswirkungen beider angenommenen Fälle simulieren. Die jeweilige Entwicklung der Kreditportfolios sollte den Finanzbehörden ermöglichen, dem Stand der Gefährdung entsprechende Maßnahmen zu ergreifen: private Kapitalzufuhr, Verkäufe von Unternehmensteilen oder öffentliche Kapitalspritzen, die einer de-facto-Verstaatlichung gleichkommen.

Die zahlreichen technischen Unzulänglichkeiten dieser Tests haben *Fed* und *Treasury* nicht daran gehindert, eine Untergrenze für die Bewertung von Bankbilanzen einzuführen, um Investoren zu beruhigen, den Kapitalzufluss wieder anzukurbeln und damit der Branche finanziell wieder auf die Beine zu helfen. Dadurch konnten 60 Milliarden Dollar eingesammelt werden, zwei Drittel davon aus öffentlichen Mitteln. Diese relativ überschaubare Summe hat dazu beigetragen, dass das Vertrauen zurückkehrte, sich die Finanztitel stabilisierten und eine große Menge entwerteter Aktiva liquidiert werden konnten.

Ohne die vielen schädlichen Nebeneffekte (das Wiederaufflammen des *Trading* mit Eigenmitteln statt einer grundlegenden Gesundung der Bankbilanzen) außer Acht zu lassen, ist festzustellen, dass diese Operation dem amerikanischen Bankensystem mit nur relativ begrenztem Kostenaufwand für den US-Steuerzahler neues Leben eingehaucht hat.

Die Initiativen der Europäischen Union dagegen hatten nicht denselben Erfolg:

Mehrere nationale, unkoordinierte Vorstöße zur Bewertung von Bankbilanzen wurden oft nicht einmal zu Ende gebracht. Nicht einmal die Ergebnisse wurden veröffentlicht. Das Fehlen von mit Zahlen belegten Schlussfolgerungen und das strikt nationale Vorgehen haben das Gegenteil des erhofften Effektes bewirkt: das Misstrauen in die Liquidität der europäischen Institute nahm sogar noch zu.

Um diesen Fehlentwicklungen, wichtigster Grund für das anhaltende Misstrauen, ein Ende zu setzen, muss der *Europäischen Zentralbank* die Aufgabe zukommen, die europäischen Institute halbjährlichen, ernsthaften Stresstests zu unterziehen. Indem sie die Mechanismen der amerikanischen Finanzbehörden und der Fed übernimmt und verbessert, könnte die EZB von jedem Bankhaus eine Sensibilitätsanalyse seiner Portfolios unter Annahme verschiedener Szenarios anfordern, die von einem unabhängigen Prüfer erstellt wird⁶.

Eine transparente Methodologie würde die Anwendung dieser Tests auf alle Institute der Eurozone erleichtern. Genau definierte Grenzwerte bei der Kapitalisierung gäben Auskunft über die Notwendigkeit, neue Mittel aus dem Privatsektor oder, im Extremfall, von Seiten des Staates zuzuführen. Ein solches Vorgehen könnte gleichzeitig willkürlichen Verstaatlichungen und der Wiederholung der aktuellen Situation vorbeugen, in der Banken mit großem Aufwand an öffentlichen Mitteln rekapitalisiert werden müssen, diese den Geldsegen jedoch ausnützen, um ihre spekulativen Aktivitäten noch weiter zu verstärken – ohne jeden Gewinn für die Realwirtschaft.

Die Kennzahlen, die bei diesen Stresstests zu Anwendung kämen, könnten nicht vereinheitlicht werden: zusätzlich zu regionalen müssten auch branchenspezifische Unterschiede einbezogen werden. Reine Geschäftsbanken weisen im Allgemeinen günstigere Kennziffern auf als Investmentbanken, die erheblich stärkeren Bilanzschwankungen unterworfen sind. Im Falle von Instituten mit gemischter Aktivität würden die Grenzwerte für den jeweils dominierenden Aktivitätsbereich angewendet. Diese Vorsichtsmaßnahme, die zur klaren Abgrenzung von Instituten mit sehr unterschiedlichen Risikoprofilen ermutigt, sollte durch eine verpflichtende Trennung der verwalteten Mittel noch verstärkt werden (Verbot, Gelder, die für Anleger verwaltet werden, zur Eigenfinanzierung zu verwenden).

Diese ursprünglich europäische Regelung – deren Ergebnisse veröffentlicht werden

⁶ Für Details der zu konstruierenden Szenarios für Stresstests siehe Dokument auf unserer Website.

müssten – könnte im weiteren Verlauf auf alle Staaten der G20 ausgeweitet und die Kontrolle darüber der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* (BIZ) übertragen werden. Vorher müsste jedoch die Kompatibilität der bilanztechnischen Methoden und der angewandten Kennzahlen für die Kapitalisierung sichergestellt werden, die derzeit die europäischen Banken zugunsten der amerikanischen stark benachteiligen⁷.

Europa – der neue kranke Mann auf dem Globus?

Damit die Vorschläge zur Reform der weltweiten Finanz-, Währungs- und Bankensysteme überhaupt Beachtung finden, muss Europa sowohl politisch als auch ökonomisch glaubwürdig sein. Davon sind wir heute weit entfernt. Während sich die großen Flächenstaaten schnell der neuen, durch die Krise entstandenen Situation anpassten, indem sie sich ihrer grundlegenden Stärken bedienten (verstärkte Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft in China, Gebrauch und Missbrauch des Dollars als Reservewährung durch die USA), erscheint Europa versteinert, unfähig zur eigenen Erneuerung.

Der *Alte Kontinent* ist dabei, zum *kranke Mann auf dem Globus* zu werden – in wirtschaftlicher, finanzieller und institutioneller Hinsicht. Die Finanzkrise, die gar nicht von ihm ausging, bringt seine Defizite in brutaler Weise ans Licht.

Wirtschaft: Weltweit die rote Laterne

Trotz der guten Entwicklung im zweiten Quartal, deren Nachhaltigkeit wir hier in Frage stellen, wird Europa nach Angaben des IWF im Jahr 2009 der am stärksten betroffene Wirtschaftsraum der Welt sein (-4,2 % beim BIP, nur Japan und Russland haben unter den großen Nationen schlechtere Werte). 2010, wenn die meisten der großen Ökonomien wieder zum Wachstum zurückkehren (Afrika +3,9 %, Indien +5,6 % und China +7,5 %), wird Europa mit seinem anhaltend negativen Wachstum wieder aus dem Rahmen fallen (-0,4 %)⁸.

Europa läuft Gefahr, die Auswirkungen der Krise stärker als andere Regionen zu spüren und länger in der Rezession zu verharren.

⁷ Im Gegensatz zum IWF hat die EZB bei der Bewertung der potenziellen Verluste und des Kapitalbedarfs der europäischen Banken für 2009 und 2010 diesen Punkt konsequent berücksichtigt (283 Milliarden Dollar Verlust nach Einschätzung der EZB, 750 Milliarden laut IWF).

⁸ Schätzung vom 12. August 2009, die sich nach Veröffentlichung des BIP der Eurozone im 2. Halbjahr 2009 noch leicht verbessern könnte (-0,1 % statt der erwarteten -0,5 %).

Soziales: Signale, die beunruhigen

Das Dokument auf unserer Website enthält eine Graphik, die das Paradoxe der aktuellen Krise zusammenfasst: Obwohl in den USA seit ihrem Ausbruch 7 Millionen Menschen ihre Arbeit und 6 Millionen Familien ihr Haus verloren haben; obwohl General Motors und Chrysler pleite gegangen sind und die großen Städte und 50 Staaten ihre Budgets und vor allem die Sozialleistungen drastisch einschränken müssen, gab es auf der anderen Seite des Atlantik nicht einen einzigen Streik, keine einzige Protestbewegung.

Im Gegensatz dazu kommen aus Europa und vor allem aus Frankreich trotz der bestehenden Sozialnetze alarmierende Signale: Kidnapping von Managern, Drohungen, Fabriken zu sprengen, um Abfindungs-Forderungen durchzusetzen, Suche nach Sündenböcken (heute in der Finanzwelt und morgen bei den verschiedenen ethnischen Gruppen?), etc. Europa versinkt zunehmend in einer sozialen Krise. Vor allem Frankreich mit einer der höchsten Jugendarbeitslosigkeitsraten der gesamten *OECD*, stößt an die Grenzen seines Sozialmodells.

Institutionen: Brüssel antwortet nicht mehr

Das Dokument auf unserer Website enthält auch eine Tabelle mit einer Zusammenfassung der Aktivitäten der *Europäischen Kommission* seit der Lehman-Pleite, dem Auslöser dieser *Krise des Jahrhunderts*. Hausdurchsuchungen bei EDF, übertriebene Bußgelder gegen Saint-Gobain oder Intel, Untersuchungen wegen eventueller Kartelle bei den Herstellern von Komponenten für Kühlschränke (sic) oder unterseeischer Elektrokabel: die Kommission schien auf einem anderen Planeten zu leben – oder in einer anderen Epoche. Während sie viel Zeit und Energie darauf verschwendete, den europäischen Unternehmen Hindernisse in den Weg zu legen, hat es die Kommission versäumt, irgendetwas gegen die einzigartigen Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der europäischen Finanzindustrie zu unternehmen, die durch Verstaatlichungen und öffentliche Finanzspritzen entstanden sind. Kann man noch von einem ausgeglichenen Markt sprechen, wenn britische, niederländische, deutsche etc. Banken und Versicherungen öffentliche Garantien bzw. Staatskapital erhalten, während ihre besser wirtschaftenden Konkurrenten ausschließlich auf ihre eigenen, privaten Ressourcen zählen können?

Im Grunde ist die aktuelle Krise die ideale Gelegenheit für Europa, Schlüsse aus seinen Schwierigkeiten zu ziehen. Dem Führungsproblem der Europäischen Kommission, die kein konkretes Projekt vorzuweisen hat. Der umstrittenen Repräsentativität der Union als Vertreter ihrer Völker (56 % Nichtwähler bei der Wahl zum Europäischen Parlament). Eine Erweiterung, die zur Unregierbarkeit geführt hat (Einstimmigkeit der 27 ist unmöglich) und die Union lähmt. Als Antwort auf diese Fehlentwicklungen flammt in der Europäischen Union wieder Nationalismus auf, vor allem der Wirtschafts-Nationalismus (siehe Dokument auf der Website).

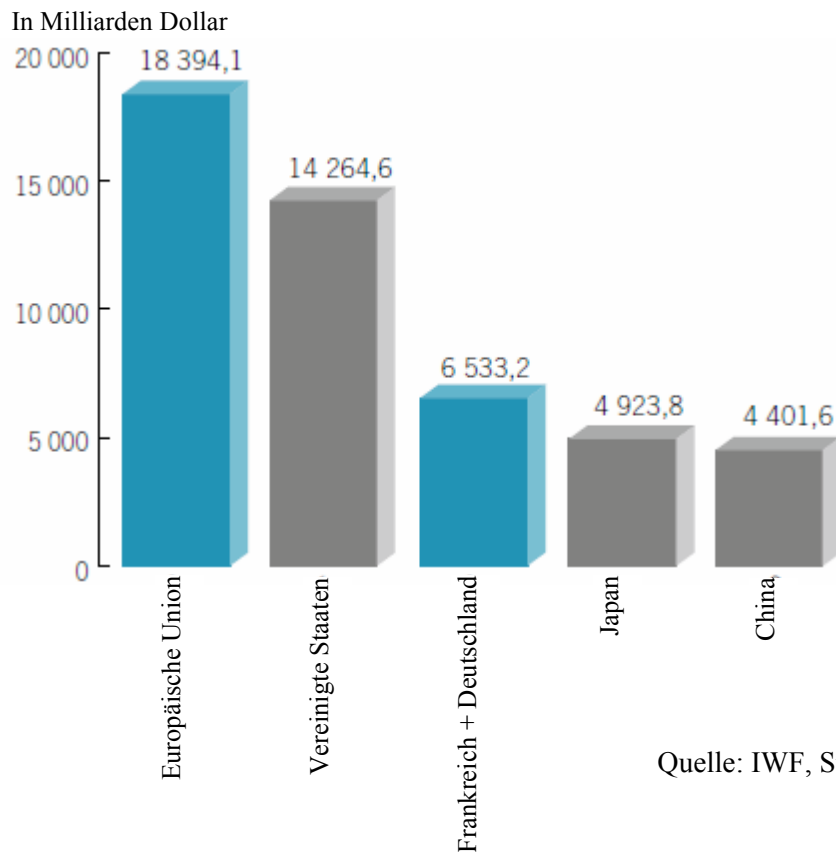
Eine Lösung: Frankreich und Deutschland geben Europa neuen Schub

Das *Institut Montaigne* schlägt eine Lösung vor, die dieses Untergangs-Szenario verhindern kann. Wir meinen die fortschreitende Annäherung Frankreichs und Deutschlands als Vorhut für die gesamte Europäische Union. Ohne Frankreich und Deutschland gibt es kein Europa. Um das zu verstehen, ist es unnötig, bis zum Römischen Reich und Karl dem Großen zurück zu gehen.

Geographisch sind die beiden Länder nach allen Richtungen Europas geöffnet: nach Osteuropa, zur Nordsee, zum Atlantik zum Mittelmeer und sogar nach Afrika. Das Französische (eine romanische Sprache) und das Deutsche (eine germanische Sprache) bilden den Schnittpunkt aller europäischen Idiome.

In den vergangenen fünf Jahrzehnten stand das deutsch-französische Verhältnis am Ursprung sämtlicher Fortschritte Europas. Von der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* über die *Römischen Verträge*, das *Schengener Abkommen* und *Eureka* bis hin zur Gemeinschaftswährung etc., der Ablauf war immer derselbe: Frankreich und Deutschland schlugen ein gemeinsames, europäisches Projekt vor und die anderen Länder, die darin auch ihr eigenes Interesse erkannten, zogen mit. Und wenn einmal nicht alle dabei waren, gingen Frankreich und Deutschland mit den interessierten Ländern voran und erzielten damit große Mehrheiten, wie zum Beispiel beim Euro, beim Schengenraum, der Europäischen Weltraumagentur oder Airbus.

BIP der weltweit wichtigsten Wirtschaftsmächte



Es sollte auch nicht außer Acht gelassen werden, dass diese beiden Länder zusammen ein derartiges Gewicht in der Europäischen Union besitzen, dass sie gleichzeitig ihr Zentrum, Motor und Fundament sind. Frankreich und Deutschland repräsentieren ein Drittel der Bevölkerung und des BIP der Europäischen Union. Beide zusammen genommen sind mit einem BIP von 6,5 Billionen Dollar die zweite Wirtschaftsmacht der Erde, weit vor China. Bezogen auf die Verteidigungsbudgets sind sie auch die zweite Militärmacht der Welt.

In Europa kann nichts Ernsthaftes ohne den koordinierten Einfluss Frankreichs und Deutschlands geschehen. Die jeweiligen Stärken und Schwächen dieser beiden Länder sind derart komplementär (siehe Dokument auf unserer Website), dass ihre Annäherung sowohl im eigenen als auch im europäischen Gesamtinteresse unverzichtbar erscheint.

Die Finanzkrise von 2008, die Identitätskrise der Europäischen Union, noch verstärkt durch eine ausgebrannte Kommission, und die gefährliche *chinamerikanische* Partnerschaft bieten die ideale Gelegenheit, ein derartiges Projekt auf den Weg zu

bringen.

Hierzu formuliert das *Institut Montaigne* drei grundlegende Vorschläge in den Bereichen Diplomatie, Wirtschaft und Finanz sowie eine Reihe von Anregungen auf den Gebieten Energie, Kultur und Bildung.

Drei grundlegende Vorschläge

Jeder dieser Vorschläge muss zuerst von Frankreich und Deutschland auf den Weg gebracht werden, sollte jedoch in der Folge für alle europäischen Staaten, die sich anschließen möchten, offen bleiben.

Vorschlag 1: Frankreich teilt mit Deutschland seinen Sitz im Un-Sicherheitsrat

Es liegt an Frankreich, den ersten Schritt zu tun, was aus drei Gründen bedeutsam ist:

- Die Geste betrifft die oberste Stufe der Staats-Souveränität: die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sind die wichtigsten Militärmächte der Welt, alle im Besitz der Atomwaffe;
- Sie berührt ein emblematisches Erbe des Zweiten Weltkrieges: die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sind die Siegermächte oder werden zumindest als solche gesehen. Die Besiegten (Deutschland und Japan) sowie die großen Schwellenländer, demographisch oder ökonomisch, sind ausgeschlossen. Dieses Erbe in Frage stellen heißt, die Nachkriegszeit beenden, also einen endgültigen Schlussstrich unter Verbindlichkeiten und Forderungen zwischen Ländern ziehen, die noch aus dieser Epoche stammen;
- Sie bringt als logische Folge eine natürliche Angleichung der Agenden beider Länder auf folgenden Gebieten mit sich:
 - **Informations- und Verteidigungspolitik:** Da beide Staaten ihren Sitz im UN-Sicherheitsrat teilen, werden sie letztendlich dieselben Prioritäten und denselben Informationsstand haben. Da sie sich zusammen denselben Sicherheitsfragen stellen müssen, müssen sie auch eine gemeinsame Sicherheitspolitik definieren. Diese natürliche Annäherung wird eine starke Dynamik zur Zusammenlegung der militärischen und geheimdienstlichen Apparate erzeugen, der erste Schritt in Richtung eines wirklichen *Europa der Verteidigung*. Diese Entwicklung ist umso wichtiger, als die

amerikanischen Budgetprobleme unter anderem auch den unvermeidlichen Rückzug der USA aus Europa zur Folge haben werden;

- **Diplomatie und diplomatische Vertretungen:** Ein gemeinsamer Sitz im UN-Sicherheitsrat erfordert auch ein Zusammenlegen der diplomatischen Vertretungen, nicht nur am Sitz der UNO in New York, sondern in allen großen Hauptstädten, wo Weltpolitik gemacht wird: Washington, Peking, Tokio etc. Diese Entwicklung dürfte sich sehr schnell auf alle anderen konsularischen und wirtschaftlichen Vertretungen ausweiten. Durch eine Fusion der *Postes d'expansion économique* und der *Conseillers français du commerce extérieur* mit dem Netz der *Deutschen Häuser* wird eine koordinierte Betreuung der europäischen Weltmarktführer (sei es Siemens oder Alstom, Allianz oder Axa, Daimler oder PSA) möglich, die destruktive Formen des Wettbewerbes, zumeist einhergehend mit sozialen Einbußen und Verlust technologischen Vorsprungs, verhindert.
- **Industriepolitik in Verteidigung und Raumfahrt:** Wir stellen derzeit einen einzigartigen Mangel an deutsch-französischen Forschungs- und Rüstungsprojekten fest, obwohl die militärische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland eine lange Reihe von Erfolgen aufweist (Lenkwaffensystem Milan, Kampfhubschrauber Tiger, Transall, Alpha Jet, etc.). Um diese Lücke zu schließen, ist eine Reihe von Initiativen vorstellbar:
 - der *Gemeinsamen Organisation für die Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung* neues Leben einhauchen, indem sich Frankreich und Deutschland mit Investitions- und Forschungsprogrammen an ihre Spitze stellen;
 - auf bilateraler Ebene gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprogramme in der Raumfahrt- und Rüstungsindustrie vorantreiben. Diese Programme würden auch den bereits begonnenen industriellen Integrationsprozess (Eurocopter, MBDA, etc.) wiederbeleben. In diesem Zusammenhang sollten Frankreich und Deutschland auch mehr Nutzen aus den kommerziellen Erfolgen von EADS ziehen und das Unternehmen zum bevorzugten Lieferanten der Armeen (Luftstreitkräfte, Marine und Heer) machen. In der Weltraumindustrie sollten Deutschland und Frankreich das sechste Programm bei Arianespace anstoßen, damit Europa den Technologievorsprung auf diesem strategischen Gebiet nicht einbüßt.

Durch die enge Zusammenarbeit auf diesen Gebieten werden Frankreich und Deutschland auch in anderen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens immer stärker miteinander verbunden.

Welches konkrete Vorgehen?

Am Anfang des gemeinsamen Sitzes im UN-Sicherheitsrates stünde die Fusion der Vertretungen Deutschlands und Frankreichs in New York, um künftig die Entscheidungen und Initiativen beider Länder im Sicherheitsrat gemeinsam vorzubereiten. Präzision: Solange die UN-Charta nicht reformiert ist, kann nur Frankreich im Namen beider Länder im Sicherheitsrat sprechen.

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung eines derart ehrgeizigen Vorschlages dürfen – vor allem im Hinblick auf die davon direkt betroffenen diplomatischen Corps, deren legitime Aufgabe es ist, die eigenen Rechte und die Interessen ihrer jeweiligen Länder zu verteidigen – nicht unterschätzt werden.

Diese Initiative hat jedoch umso mehr Erfolgchancen, als sie Teil der nach wie vor auf dem Tisch liegenden Reform des UN-Sicherheitsrates wäre, die vor allem durch das schwierige Problem der Repräsentativität gebremst wird (weder die islamischen Länder noch Japan, Indien, Afrika oder Südamerika haben derzeit einen ständigen Vertreter).

Der künftige deutsch-französische Sitz im UN-Sicherheitsrat ist folglich als erster Schritt in Richtung einer Neuordnung mit je einem Sitz für die Europäische Union, China, Indien, Südamerika, Afrika, die Vereinigten Staaten, Japan und die islamische Welt zu werten⁹.

Vorschlag 2: Eurobond und Eurosparbuch – zwei Instrumente zur Finanzierung des Europa von morgen

Um eine Interessens-Annäherung zwischen den der Staaten der Eurozone mit zwar unterschiedlichen budgetären Prämissen, aber denselben Liquiditätsproblemen herbeizuführen, rät das *Institut Montaigne* zur Schaffung eines strukturierenden Instrumentes: dem *Eurobond*, einer souveränen supranationalen europäischen Obligation, auch hier zuerst als deutsch-französische Initiative. Obwohl es den Eindruck eines rein technischen Werkzeuges erwecken könnte, handelt es sich hierbei

⁹ Über kurz oder lang wird sich jedoch die Frage nach dem Sitz des Vereinigten Königreichs in diesem Gremium stellen.

um eine sehr ambitionierte Maßnahme, die einschließt, dass ein Staat die Garantie für die Rückzahlung der Anleihe übernimmt, sollte der Partner ausfallen.

Die Gründung einer übernationalen Agentur durch beide Staaten würde die Beschaffung von langfristigem Kapital ermöglichen, das dann entsprechend den Budgetplanungen zwischen den Staatskassen aufgeteilt würde. Was zuerst der Realisierung langfristiger, bilateraler, Projekte dienen würde, könnte später zu einer der wichtigsten Kapitalquellen für die beiden Gründerstaaten und *in fine* auch für die anderen Mitglieder der Eurozone werden.

Das Projekt der *großen französischen Staatsanleihe* könnte ein idealer Startpunkt sein: ausgeweitet auf Deutschland, mit einem höheren Volumen ausgestattet – bis zu 100 Milliarden Euro – und zur Finanzierung großer gemeinsamer Industrieprojekte bestimmt, würde diese Anleihe eine neue Schuldenpolitik einleiten und könnte in der Folge zu einer solidarischeren europäischen Finanzpolitik führen, weil der Zugang zu gemeinschaftlichen Finanzressourcen an die Einhaltung gemeinsamer Regeln gekoppelt wäre. Der Eurobond wäre eine konkrete Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und würde der gesamten Eurozone wettbewerbsfähige Finanzierungsbedingungen sichern, ohne die stabilsten Mitglieder zu benachteiligen.

Ein derart ambitioniertes Projekt kann nur schrittweise gelingen. In einer ersten Phase könnten die Mittel aus dem zunächst deutsch-französischen *Eurobond* konkreten, strukturierenden Investitionsprogrammen zugute kommen, die mit Unterstützung der *Europäischen Investitionsbank* (EIB) aufgelegt werden (Biotechnologie, Nanotechnologie, erneuerbare Energien, Programme zur Energieeinsparung, etc.).

Begleitend zur Einführung dieses neuen Instrumentes könnten in Frankreich und Deutschland steuerbefreite Sparkonten geschaffen werden (das *Eurosparbuch* zu attraktiven Konditionen). Um die Zinssätze zu sichern, würde dieselbe Institution, zum Beispiel die EIB, mit der Verwaltung jenes Anteils der Spareinlagen betraut, die ebenfalls in die oben genannten Eurobond-Investitionsprojekte fließen.

Das Eurosparbuch wäre im Übrigen auch ein starkes Signal an die europäischen Bürger, das die Popularität des deutsch-französischen Europa-Projektes steigern würde.

Frankreichs und Deutschlands komplementäre Stärken



Vorschlag 3: Mit Paris und Frankfurt eine Europäische Börse schaffen

Im Jahr 2006 hat sich das Management von Euronext, von seinen Altaktionären im Stich gelassen, vom Projekt eines einheitlichen europäischen Marktes abgewandt und sich an die New York Stock Exchange verkauft.

Diese Abkehr bedeutete nicht nur, dass die Frankfurter Börse nunmehr alleine dastand, sie offenbarte auch eine Dynamik der Zersplitterung der europäischen Wirtschaft: Die zunehmende Finanzierung französischer, belgischer und niederländischer Unternehmen mit institutionellem, amerikanischem Kapital zerstört die natürlichen, aus einer rheinisch-kapitalistischen Tradition gewachsenen Bindungen zwischen den Aktionären und ihren Unternehmen.

Die Schaffung eines einheitlichen Börsenplatzes Paris-Frankfurt erfordert vor allem¹⁰

- die Homogenisierung der Funktionsprinzipien beider Börsenplätze und die mittelfristige Schaffung eines einheitlichen Kodex für die Finanzmärkte in Frankreich und Deutschland (danach für die gesamte Union);
- die Verschmelzung der Kontrollorgane für die Finanzmärkte, Banken und Versicherungen (BaFin und AMF-ACAM), mit dem Ziel einer Neufassung von

¹⁰ Details hierzu im Dokument auf unserer Website.

Basel II und Solvency II;

- die Angleichung der Fiskalbestimmungen für Investitionen in Frankreich und Deutschland, einhergehend mit deren weitgehender Überarbeitung sowie mit Steuererleichterungen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen – das einzige Gebiet, auf dem ein gemeinsamer Börsenplatz Paris-Frankfurt wirksamen Druck auf London ausüben könnte;
- die Schaffung von Reise-Infrastrukturen, die eine Entwicklung der Achse Paris-Frankfurt begünstigen, in Form einer Hochgeschwindigkeitsstrecke, die beide Städte direkt verbindet.

Um dieses Schlüsselprojekt zur Strukturierung eines zukünftigen europäischen Kapitalmarktes voranzutreiben, empfehlen wir die Gründung von Europlace, einer gemeinsamen Institution zur Vertretung der französischen und deutschen Finanzmärkte (die ihre nationalen Vorgänger Paris-Europlace und Finanzplatz Frankfurt ersetzen soll). Diese Institution, die weder deutsch noch französisch ist, würde als Lobby gegenüber den Behörden beider Länder agieren, um den Börsenplatz Paris-Frankfurt zu entwickeln.

Koordinierung der Haushalts- und Steuerpolitik – eine conditio sine qua non

Das Dokument auf unserer Website führt einen weiteren Vorschlag aus, der direkt den Bereich der politischen Repräsentation und der Regierung beider Länder betrifft: die notwendige Abstimmung in der Wirtschafts-, Haushalts- und Steuerpolitik. Diese Koordinierung (ohne sie ist jegliche Wirtschafts- und Finanzunion unmöglich) ist eine conditio sine qua non für den Erfolg der in diesem Dokument unterbreiteten Vorschläge ökonomischer Natur (Eurobond, Stärkung des Euro, gemeinsame Industriepolitik und gemeinsame Investitionen, etc.). Hierzu wäre folgendes Vorgehen nötig, das später auf alle europäischen Länder, die an diesen Initiativen teilnehmen möchten, ausgeweitet werden könnte:

- die Erarbeitung von Richtlinien und Gesetzentwürfen geschähe in enger Zusammenarbeit zwischen den französischen und deutschen Regierungsstellen;
- der parlamentarische Teil des Gesetzgebungsprozesses fände unter Teilnahme von Abgeordneten (oder Senatoren bzw. Bundesratsmitgliedern) des Partnerlandes

statt, die ein Recht auf aktiven Eingriff in die Debatte haben;

- der Abstimmung über den Gesetzentwurf ginge ein spezielles Konzertations-Verfahren voraus, das die Haltung der Partner-Regierung und des Partner-Parlamentes berücksichtigt;

Weitere Vorschläge

Weitere Vorschläge, die wir im Dokument auf unserer Website unterbreiten, betreffen:

- die Harmonisierung der Energiemärkte Frankreichs und Deutschlands mit der Schaffung eines gemeinsamen Managements der Übertragungsnetze und der Förderung eines *Intelligenten Stromnetzes* (smart grid);
- gemeinschaftliche Initiativen im Bereich Forschung, Entwicklung und Ausbildung, vor allem Gründung einer autonomen deutsch-französischen Universität, die von beiden Staaten paritätisch finanziert wird;
- gemeinsame Investitionen in den Bereichen Media und Kultur, beginnend beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen (Zusammenschluss der Sender beider Länder mit audiovisueller Ausstrahlung im Ausland, einschließlich Arte).

Fazit

Die weitere deutsch-französische Annäherung ist die potenziell wichtigste europäische Initiative zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Sie ist jedoch nicht in ein paar Tagen zu bewerkstelligen. Gegensätzliche, gut organisierte Interessensgruppen werden aufeinander treffen und die Konfrontation suchen. Die sehr unterschiedlichen politischen Gepflogenheiten und Organisationsformen beider Länder (Frankreich zentralisiert, Deutschland föderal) könnten den Integrationsprozess bremsen oder sogar zu Erliegen bringen.

Um eine derart weitgehende Annäherung vorzuschlagen und auf den Weg zu bringen, sind Staatsmänner vonnöten, die über politischen Mut und eine außergewöhnliche historische Vision verfügen. Wir sind überzeugt davon, dass der derzeitige französische Präsident und der zukünftige Kanzler Deutschlands, der aus

den nächsten Bundestagswahlen hervorgehen wird, in der Lage sind, diese Initiative anzustoßen, die in gewissem Sinne noch weitreichender ist als jene, die General de Gaulle und Konrad Adenauer zu ihrer Zeit ergriffen haben.

Um die Erneuerung der Europäischen Union mit Erfolg zu krönen, könnten die beiden Regierungschefs drei richtungweisende personalpolitische Entscheidungen treffen:

- 1. Bestellung eines Staatsministers, der für die deutsch-französische Annäherung und europäische Angelegenheiten zuständig ist.** Es ist in der Tat bedauerlich, dass der Minister für europäische Angelegenheiten (de facto ein Staatssekretär) zur Einflussosphäre des Außenministeriums gehört. Es ist notwendig, dass eine angesehene politische Persönlichkeit, die idealerweise deutsch spricht, an der Spitze des französischen Staates eine derartige Ambition vorantreiben kann.
- 2. Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich, an die Spitze der Europäischen Kommission politische Persönlichkeiten ersten Ranges zu entsenden.** In einer mittelfristigen Perspektive erscheint es schließlich unerlässlich, das Vereinigte Königreich in das europäische Projekt einzubeziehen. Obwohl es Europa ostentativ den Rücken zukehrt (wiederholte Ablehnung des Beitritts zum Euro, zunehmende, immer lauter werdende Europhobie der politischen Milieus und der Media), wird das Vereinigte Königreich zu einer Überprüfung seiner Position gezwungen sein, vor allem angesichts des wachsenden Desinteresses, das ihm die Vereinigten Staaten ökonomisch, militärisch (vgl. britische Streitkräfte unter amerikanischem Kommando in Irak und Afghanistan) und diplomatisch entgegenbringen. Die herausragenden britischen Eigenschaften (Reaktionsfähigkeit, Kreativität, Flexibilität bei der Entscheidungsfindung und deren Umsetzung, bedeutende militärische Möglichkeiten, think different, etc.) sind im Übrigen viel zu wichtig, um in einem europäischen Integrationsprozess nicht ihren Ausdruck zu finden.
- 3. Deshalb empfehlen wir, wenn der Vertrag von Lissabon erst einmal ratifiziert ist, dass Frankreich und Deutschland ein unmissverständliches Signal an das Vereinigte Königreich aussenden, indem sie die Kandidatur einer**

herausragenden britischen Persönlichkeit für die Präsidentschaft des künftigen Europäischen Rates unterstützen. Wenn Europa ohne die deutsch-französische Annäherung nicht bestehen kann, so bliebe es auf der anderen Seite ohne die britische Teilnahme immer unvollendet.

**Edouard Tétreau,
Head of Research AXA Private Equity**

**Jean-Paul Tran-Thiet,
Partner Anwaltssozietät White & Case**

**Frédéric Bonnevey,
Volkswirt**

Danksagung

Die Autoren und das Institut Montaigne möchten sich vor allem bei folgenden Persönlichkeiten bedanken, die sich für Einschätzungen und Empfehlungen zu den deutsch-französischen Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Diplomatie zur Verfügung gestellt haben:

- **Léo Apotheker**, Vorstandsvorsitzender SAP AG • **S.E. Joachim Bitterlich**, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland a.D. (1993-2002), Direktor für internationale Angelegenheiten Véolia, Chairman Véolia Environnement Deutschland, diplomatischer und Sicherheitsberater von Bundeskanzler Helmut Kohl (1993-1998) • **Thomas Enders**, Vorstandsvorsitzender Airbus • **Louis Gallois**, Vorstandsvorsitzender EADS • **Elisabeth Guigou**, Abgeordnete Seine-Saint-Denis, Ministerin für europäische Angelegenheiten (1990-1993), Beraterin von Präsident François Mitterrand für europäische Fragen (1988-1990) • **Henri Lachmann**, Aufsichtsratsvorsitzender Schneider Electric • **S.E. Claude Martin**, Botschafter der Französischen Republik in Deutschland (1999-2007), Berater des Rechnungshofes • **S.E. Bernard de Montferrand**, seit 2007 Botschafter der Französischen Republik in Deutschland • **Ana Palacio**, Direktoren für internationale Angelegenheiten Areva, Außenministerin von Spanien (2002-2004) • **Heinrich von Pierer**, Vorstandsvorsitzende Siemens (1992-2007) • **S.E. François Scheer**, Botschafter der Französischen Republik in Deutschland (1993-1999), Berater des Vorstandsvorsitzenden Areva • **Nicolas de Tavernost**, Vorstandsvorsitzender M6, Mitglied des Aufsichtsrates RTL.